

Rede des Vorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz und Vorsitzenden der Wertekommission der CDU Deutschlands, Christoph Böhr MdL, zur Eröffnung des Wertekongresses der CDU Deutschlands am 20. Februar 2006 in Berlin

Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

An den Beginn meiner Rede will ich ganz bewusst ein herzliches Dankeschön stellen, ein Dankeschön insbesondere unserer Parteivorsitzenden Angela Merkel dafür sagen, dass sie in den letzten Wochen den Boden für eine Diskussion bereitet hat, von der ich in der Tat glaube, dass wir sie nötig haben und dass wir sie brauchen. Wir müssen uns nämlich unserer Grundlagen und unserer Grundsätze erneut vergewissern, nicht deshalb, weil da viel über Bord zu werfen wäre, sondern deshalb, meine Damen und Herren, weil sich die Welt in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten verändert hat.

Die Globalisierung schreitet voran. Viele haben das Gefühl der Hilflosigkeit, und zwar angesichts von Entwicklungen, von denen sie glauben, dass wir sie kaum noch beeinflussen können. Die Überwindung der europäischen Spaltung ist kaum vollzogen, da wird in unserem Land schon über eine neue Erweiterungsrunde der Europäischen Union diskutiert, über eine Erweiterung, die zudem den außereuropäischen Raum einbeziehen soll. Die Begegnungen der Kulturen führen immer häufiger zu Streit, einem Streit, der auch vor dem Einsatz von Gewalt nicht zurückschreckt.

Fast überall auf der ganzen Welt entdecken Menschen neu, dass ihr Bild vom Menschen und ihre Vorstellung von Gesellschaft aus religiösen Quellen gespeist werden, aus Quellen, die offenkundig auch in säkularisierten Gesellschaften nicht versiegt sind. Manche sprechen von einer Wiederkehr der Religion – weltweit, und es spricht viel dafür, dass diese Feststellung zutrifft.

Liebe Freundinnen und Freunde, das alles sind Herausforderungen natürlich auch an die Politik: Herausforderungen in einem doppelten Sinne.

Einerseits geht es um eine Herausforderung an die Politik im Sinne einer Gestaltungsaufgabe, die gelegentlich rasches und entschlossenes Handeln einfordert: von der Dienstleistungsrichtlinie über die Bioethik bis hin zur Frage des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union.

Diese Herausforderungen sind aber auch in einem anderen, in einem weiteren Sinne eine Aufgabe für die Politik, nämlich als Auftrag zur Selbstvergewisserung, als Anfrage auch an unser eigenes Selbstverständnis, als Auftrag, der ein gründliches und reifliches Nachdenken erfordert.

Schon diese Fragen, die ich am Anfang aufgeworfen habe, legen die Vermutung nahe, dass eben keine Gesellschaft ohne verbindliche Gemeinsamkeiten auskommt und dass es ein Irrtum war zu glauben, eine Gesellschaft erschöpfe sich im Kräfteressen und in der Mehrheitsfindung. Jede Gesellschaft braucht ein Leitbild, jede Gesellschaft braucht eine Leitkultur, wenn sie als die eine und gleiche Gesellschaft zusammengehalten werden soll.

Dieses Leitbild, diese Leitkultur beschreibt das, was uns allen wichtig ist. Sie beschreibt das, was wir alle in unserer Gesellschaft für unverzichtbar halten. Kurz, sie beschreibt das, was uns so wertvoll ist, dass wir es um keinen Preis missen wollen.

In diesem Sinne hat jede Gesellschaft eine Leitkultur und braucht auch jede Gesellschaft eine Leitkultur. Im Mittelpunkt unserer Leitkultur steht ein Menschenbild: das christliche Menschenbild, das zugleich das europäische Menschenbild ist. Ich glaube in der Tat, dass man beide Begriffe synonym verwenden kann. Das christliche Menschenbild ist zugleich das europäische Menschenbild.

Dieses Menschenbild, liebe Freundinnen und Freunde, beinhaltet eine einzige Kernaussage, nämlich die, dass jeder Mensch eine unantastbare Würde hat und dass diese Würde um jeden Preis zu schützen ist.

An diesem Bekenntnis zur Würde, das so selbstverständlich nicht ist, weder im Blick auf zurückliegende Jahrhunderte noch im Blick auf andere Kulturkreise heute, hängt alles. Dieses Bekenntnis zur Würde ist in der Tat so etwas wie der Dreh- und Angelpunkt eines Verständnisses von Politik, wie wir es uns von Anfang an zu Eigen gemacht haben. Jeder Mensch hat einen uneingeschränkten und unantastbaren Wert, ganz unabhängig von seinem Nutzen, den er für andere hat.

Weil uns das vielleicht so selbstverständlich geworden ist, machen wir uns wenig klar, was für ein revolutionärer Gedanke das im Grunde ist, übrigens auch heute noch, im Vergleich zu anderen Kulturkreisen, auch im Vergleich zu anderen religiösen Bekenntnissen. Dass jeder Mensch seinen unantastbaren Wert hat, ganz unabhängig von dem Nutzen, den er für andere besitzt, das nennen wir Würde, am Anfang und am Ende des Lebens und in jeder erdenklichen Lebenslage.

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Kernaussage über die menschliche Würde steht im Mittelpunkt unseres Leitbildes, unserer Leitkultur. Sie kann, von Europa kommend, aus vielen Quellen gespeist, in das christliche Menschenbild einmündend, gar nicht anders, als einen universellen Anspruch geltend zu machen. Das ist nicht Besserwisserei, und das ist auch nicht Bevormundung anderer. Denn dieser Satz von der unantastbaren Würde des Menschen ist eben nicht nur die Frucht einer religiösen Überzeugung, sondern zugleich auch das Ergebnis der Einsicht menschlicher Vernunft. Hier, so meine ich, liegt die wirkliche Einzigartigkeit des europäischen Denkens - über die beiden Jahrtausende, in denen sich dieses Denken entwickelt hat -: dass Glaube und Vernunft nicht miteinander im Streit liegen, sondern wechselseitig aufeinander verweisen und um ihre notwendige wechselseitige Zuordnung wissen. Das ist übrigens ein Gedanke, der von Joseph Ratzinger, dem heutigen Papst Benedikt XVI., gerade in den letzten Jahren bei vielfältigen Gelegenheiten immer wieder und ganz zu Recht entwickelt und erläutert wurde.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig und notwendig, dass wir unser Grundsatzprogramm auf die Höhe der Zeit bringen. Ich sage es noch einmal: nicht deshalb, weil unsere Grundlagen und unsere Grundsätze in den letzten anderthalb Jahrzehnten Schaden gelitten hätten – ganz im Gegenteil -, sondern um unsere Grundlagen und unsere Grundsätze im Blick auf die neuen Fragen, auf die neuen Herausforderungen zu diskutieren, zu erörtern und dann auch in einer geeigneten Form zur Anwendung zu bringen.

Grundsatzdiskussionen in Deutschland leiden gelegentlich – das wissen wir alle – darunter, dass sie zu sehr im Pathos der Sonntagsreden oder der Festveranstaltungen vorge-

tragen werden, aber dann zu selten erkennbar werden, wenn es um die Lösung von Alltagsproblemen geht. Deswegen wäre mein Vorschlag, dass wir diese Programmdiskussion ganz besonders zur Klärung der Frage nach unserem Gesellschaftsbild nutzen. Ich habe eben ein paar Bemerkungen zu unserem Menschenbild gemacht. Dieses Menschenbild, wie ich es beschrieben habe, finden Sie in unserem aktuellen Grundsatzprogramm und in einer ausführlichen Ausarbeitung der Wertekommission. Dieses Menschenbild im Blick auf Schlussfolgerungen für unser Gesellschaftsbild zu befragen, danach zu fragen, welche Folgerungen sich aus diesem Menschenbild für die Ordnung und Gestaltung unserer Gesellschaft ergeben, das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine Aufgabe, von der ich glaube, dass wir uns ihr unterziehen müssen.

Wenn wir uns dieser Aufgabe widmen, sollten wir vielleicht auch die Chance nutzen, die alten, überholten Kampflinien hinter uns zu lassen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir noch zu oft über falsche Alternativen diskutieren, so, als wenn die einen liberal dächten und die anderen sozial gesonnen wären, so, als wenn es einen Gegensatz zwischen konservativem und progressivem Denken gäbe, so, als wenn unsere Partei auseinander fallen würde in die einen, die wirtschaftsnäher organisiert sind, und die anderen, die arbeitnehmerfreundlicher denken. Ich halte das für falsche Alternativen.

Ich glaube, dass es heute um eine ganz andere und ganz neue Frage geht, nämlich um die Frage, wie wir wollen, dass Gesellschaft geordnet ist, anders gesagt, welche gemeinsamen Ziele wir in unserer Gesellschaft verfolgen wollen - Ziele, von denen wir glauben, dass sie unsere soziale, unsere politische und unsere ökonomische Ordnung prägen sollen: eine Ordnung, die diesen Zielen dienen muss, und Zielen, die sich nicht durch unsere Nähe zu dieser oder jener Interessengruppe bestimmen, sondern das beschreiben, was in unserer Gesellschaft allen gemeinsam ist. Es geht um den gemeinsamen Fluchtpunkt unserer gesellschaftlichen Ordnung: eine Perspektive, die das beschreibt, was allen gemeinsam wichtig ist.

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn der Begriff der Volkspartei seine Bedeutung behalten soll, dann müssen wir ihn, glaube ich, wieder so mit Leben füllen, wie er ganz am Anfang, als er ganz neu auf die politische Bühne getreten ist, verstanden wurde. Eine Volkspartei ist eine Partei, die über Gegensätze hinweg und über Interessen hinweg Brücken baut, die aber nicht nur Brücken baut, sondern auch den Ehrgeiz hat und in der Lage ist, das zu beschreiben, was in einer Gesellschaft allen gemeinsam ist. Das ist übrigens die Kernidee sozialer Marktwirtschaft: Sie rückt das in den Mittelpunkt, was alle wollen können und was allen gemeinsam ist.

Darin sehe ich unsere Aufgabe, auch in der Diskussion der nächsten beiden Jahre, für die wir uns vorgenommen haben, unser Grundsatzprogramm zu überarbeiten, es anzupassen und auf diese neuen Fragen, von denen ich am Anfang gesprochen habe, auszurichten.

Nun weiß ich, dass es viele gibt, die Zweifel haben und fragen: Gibt es denn solche gemeinsamen Ziele in unserer Gesellschaft überhaupt noch, in einer Gesellschaft, die ohne jeden Zweifel eine säkularisierte Gesellschaft ist, eine Gesellschaft, die durch Pluralisierung und Individualisierung geprägt ist? Hat denn eine solche Gesellschaft überhaupt noch gemeinsame Ziele, hat sie überhaupt Gemeinsamkeiten, die in ihr als verlässliche Fixpunkte gelten können und gelten dürfen?

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, ich meine, gerade eine Gesellschaft, die den Freiheitsgewinn des Einzelnen so in den Mittelpunkt rückt, wie unsere Gesellschaft das tut -

und Säkularisierung ist immer auch Freiheitsgewinn -, darf solche Fragen wie die nach dem Sinn und nach dem Wozu nicht einfach unter den Teppich kehren. Gerade in einer freiheitlichen Gesellschaft, in einer Gesellschaft, in der das Lebensgefühl vieler Menschen darauf aus ist, neue Freiheitsgewinne für sich fruchtbar zu machen, brauchen wir Maßstäbe der Beurteilung. Und Maßstäbe der Beurteilung beispielsweise politischer Entscheidungen sind ja nicht nur Werte, sondern vor allem gemeinsame Ziele.

Das aber heißt zum Beispiel, dass gerade in einer säkularisierten Gesellschaft Religion eine unverzichtbare soziale und auch politische Bedeutung hat. Gerade in einer säkularisierten Gesellschaft ist nicht nur nach dem Eigenwert von Religion zu fragen, sondern immer wieder auch nach der sozialen und der politischen Bedeutung, die sie – die Religion – besitzt; denn Religion berührt unser Selbstverständnis als Menschen existenziell und bezieht sich damit auf das, was allein eine freiheitliche Gesellschaft zusammenhält, nämlich ein gemeinsames Menschenbild.

Ich glaube, dass der einzig verfügbare Fixpunkt für eine freiheitliche Gesellschaft ein gemeinsames, von möglichst vielen, von möglichst allen geteiltes Menschenbild ist. Dieses Menschenbild, das wir das christliche, das wir das europäische nennen, stellt aber keine Ausgrenzung dar; es ist vielmehr eine Einladung. Deswegen gilt, dass derjenige, der in unserer Kultur und unter Berufung auf unser Menschenbild Schutz sucht, diese Kultur weder in seinen inneren Überzeugungen noch in seinem äußeren Tun bekämpfen darf. Im Gegenteil: Wir müssen erwarten können, dass er sich diesem Menschenbild zuwendet und sich für die Kultur öffnet, die von diesem Menschenbild geprägt ist. In ihm findet jede freiheitliche Politik ihren Fluchtpunkt und ihren Maßstab.

Liebe Freundinnen und Freunde, das hat weit reichende Folgen. Die will ich in ein paar Fragen kleiden. Ich möchte andeuten, wie die Folgen aus meiner Sicht zu beschreiben sind. Die Frage ist, was wir einem Menschen sagen, der in die Dauerarbeitslosigkeit gefallen ist und dem irgendwann bewusst wird, dass ihm eine Rückkehr ins Erwerbsleben möglicherweise nicht mehr offen steht, der das Gefühl hat, dass die Gesellschaft ihn nicht mehr braucht, der irgendwann glaubt, in dieser, in unserer Gesellschaft nutzlos zu sein. Ich meine, wir müssen uns selbst fragen, ob sich unsere Antwort auf diese Fragen darin erschöpft, dass wir ihn auf Hartz IV verweisen und ihm empfehlen, sich ehrenamtlich zu betätigen, wenn ein Arbeitsplatz für ihn in immer weitere Ferne rückt und eine Rückkehr ins Erwerbsleben nicht mehr möglich erscheint. Ich halte das, ganz offen gesagt, für keine zulängliche Antwort.

Wenn von Schlussfolgerungen aus diesem Menschenbild und aus der Kultur, die von diesem christlichen Menschenbild geprägt ist, die Rede ist, drängt sich natürlich die Frage auf, ob wir nicht ernsthaft nach Wegen suchen müssen, wie wir in die Erwerbsgesellschaft zurückkehren können. Viele bestreiten heute, dass es diese Wege gibt. Viele meinen, wir müssten uns auf lange Zeit, möglicherweise auf alle Ewigkeit mit vielen Millionen Arbeitslosen abfinden. Aber jemand, der dem christlichen Menschenbild verpflichtet ist, kann sich damit nicht einfach abfinden. Er muss nach diesen Wegen suchen, wie wir in die Erwerbsgesellschaft zurückkehren können.

Er muss auch nach Wegen suchen, wie endlich Bildung und Ausbildung so ernst genommen werden, wie sie ernst genommen zu werden verdienen. Wenn es stimmt, dass Gerechtigkeit heute mehr denn je etwas anderes ist als Verteilungsgerechtigkeit – und ich denke, das stimmt -, dann ist die Schlüsselfrage für Beteiligungsgerechtigkeit im 21. Jahrhundert die Qualität von Bildung und Ausbildung. Müssen wir da nicht ein Bild von Gesell-

schaft entwerfen, in der jeder Mann und jede Frau wirklich gebraucht wird, in der niemand das Gefühl haben muss, nutzlos zu sein, sei es als Jüngerer, sei es als Älterer? Auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes entwerfen wir ein Bild von Gesellschaft, in der jeder gebraucht wird, in der jeder weiß: Kein Mensch hat es verdient, abgeschrieben zu werden.

Uns stellt sich die Aufgabe, auf dieses Bild hin den Weg zu beschreiben, der uns in kleineren und größeren Schritten diesem Ziel näher bringt. Das ist die Aufgabe nicht nur eines Wahlprogramms, sondern auch eines Grundsatzprogramms.

Liebe Freundinnen und Freunde, das christliche Menschenbild hat auch in der säkularisierten Gesellschaft nicht ausgedient. Im Augenblick nicht so sehr im Schwange, aber bis vor kurzem noch sehr beliebt war die These, dass in einer säkularisierten Gesellschaft das christliche Menschenbild eigentlich keinen Platz mehr hat. Ich bin ganz anderer Meinung. Ich glaube, dass gerade in der säkularisierten Gesellschaft das christliche Menschenbild eine herausragende Bedeutung besitzt, weil es eben nicht Hemmschuh, sondern vielmehr Antrieb für die Lösung der politischen Gestaltungsaufgaben im 21. Jahrhundert ist und bleibt. Gerade für die säkularisierte Gesellschaft hat das christliche Menschenbild eine unverzichtbare Bedeutung: als Maßstab für das, was der Politik eine Richtung gibt.

Die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, das ist eine spannende Diskussion. Und so sehr ich am Anfang gesagt habe, dass wir vieles in unserem gegenwärtigen Grundsatzprogramm überhaupt nicht auf den Prüfstand stellen müssen, geschweige denn über Bord gehen lassen dürfen, weil es von bleibender Gültigkeit ist, so sehr ergibt sich aus dieser Feststellung, dass das, was dann übrig bleibt, eben mehr ist als nur eine Korrektur an den Ornamenten dieses Programms. Es geht dann schon um zentrale, um entscheidende Fragen.

Das christliche Menschenbild ist der Kern unserer Leitkultur, und es ist nach meiner Einschätzung heute weit wichtiger als zu einer Zeit, in der alles selbstverständlich erschien. Übrigens sage ich das im Blick auf Erfahrungen, die wir alle in den zurückliegenden Monaten gemacht haben. Denn ein Menschenbild ist auch unverzichtbar, um der Politik eine innere Schlüssigkeit zu geben, eine Schlüssigkeit, die sie braucht, wenn sie nicht den Launen des Tages ausgeliefert sein will, und die sie genauso braucht, wenn sie sich den Bürgerinnen und Bürgern verständlich machen will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage nach den Werten, die in diesen Tagen besonders oft gestellt wird, ist im Kern die Frage nach den Menschen. Dessen war sich die Union von Anfang an sicher, seit den ersten Tagen ihrer Gründung. Was das im Alltag bedeutet, von Mal zu Mal und immer wieder, das neu zu erörtern ist die Aufgabe, die wir uns, einer Anregung von Angela Merkel folgend, vornehmen wollen. Das wird eine spannende Aufgabe. Wir müssen uns dieser Aufgabe zuwenden, damit Politik wieder verlässlich und verständlich ist. Ich freue mich auf diese Diskussion und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.